

DER NAHOSTKONFLIKT ALS ERBE DER GESCHICHTE UND DER FRIEDENSPROZESS

Die Nahostpolitik der Bundesrepublik, die in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen begeht, weist sowohl eine spezifische nationale, seit den 70er Jahren aber auch eine europäische Komponente auf, darauf gerichtet, stufenweise die europäische politische Zusammenarbeit als gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einzubeziehen.

Oberstes Ziel Deutscher Nahostpolitik ist und bleibt, freundschaftliche Beziehungen zu Israel einerseits, zu den arabischen Ländern andererseits in einem ausgewogenen Verhältnis zu pflegen sowie im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Beitrag zum Friedensprozeß zwischen beiden zu leisten. Es kommt hinzu, daß die Deutsch-Israelischen Beziehungen aufgrund unserer Geschichte von moralischer Verantwortung geprägt sind.

Wer den Konflikt verstehen will, muß beide Seiten der gleichen Medaille kennen. Dabei ist ein Höchstmaß an Fairneß und Objektivität geboten, Parteinahmen verschütten die Chancen, bei der Konfliktlösung zu helfen.

1. ZUR ENTSTEHUNG DES KONFLIKTS, DIE ROLLE DER EHEMALIGEN KOLONIALMÄCHTE

Auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten kämpft man mit den Folgen der Grenzbeziehungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, sie sind ein wesentlicher Faktor der Unstabilität. Deshalb zuerst ein Blick auf die Geschichte und die Rolle der Kolonialmächte (England und Frankreich).

In der über Europa verstreuten Judenheit formte sich Ende des vorigen Jahrhunderts unter dem Druck von Diskriminierungen, Pogromen und des allgemein erwachten Nationalismus die Bewegung des politischen Zionismus, der intellektuell und praktisch einen nationalen Ausweg aus der „Judennot“ durch Rückkehr in die historische Heimat „Zion“ suchte und für das jüdische Volk die Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina erstrebte. Um nur einige Namen zu nennen: Moses Hess, Leo Pinsker und vor allem Theodor Herzl standen am Anfang dieser mächtigen Bewegung. Herzls unter dem Eindruck des antisemitischen Dreyfus-Prozesses 1896 entstandenes Buch „Der Judenstaat“ war Programm. Auf dem von ihm ein Jahr später 1897 in Basel organisierten ersten Zionistenkongreß wurde der Grundstein für diesen Staat gelegt. 51 Jahre später wurde die Vision Wirklichkeit.

Das etwa gleichzeitig einsetzende politische Erwachen der Araber führte zum panarabischen Nationalismus, der zunächst nichts mit dem Zionismus zu tun hatte, sondern wie in Europa eine Folge der Aufklärung - wenn auch zeitversetzt - war. Erst als die arabischen Hoffnungen auf Unabhängigkeit nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches unter dem Eindruck kontradiktorischer Versprechungen der Siegermächte und verstärkter jüdischer Einwanderungen zerstört wurden, entbrannte der Nahostkonflikt, der im Kern aus dem Zusammenprall zweier Nationalismen, des jüdischen und des arabischen Nationalismus, zweier dynamischer Bewegungen von mächtiger geschichtlicher Wirkungskraft, entstand, in voller Schärfe. Eine solche Entwicklung sah schon im Jahre 1905 der arabische Nationalist Nejib Azouri ahnungsvoll voraus.

Nach der Gezeitenwende 1967 im Nahen Osten hat der Islamismus den vordem bestimmenden Nationalismus abgelöst. Katalysator dieser unheilvollen Entwicklung war eine doppelzüngige Politik der westlichen Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich, während des Ersten Weltkrieges, um Juden und Araber gegen die „Mittelmächte“ (d.h. Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich) auf ihre Seite zu ziehen und das Osmanische Reich, den „kranken Mann am Goldenen Horn...“ zu beerben. So wurde Palästina ein Spielball der damaligen Großmächte. Vor allem waren es drei einander ausschließende Versprechungen:

a) Mc Mahon-Brief (1915)

Kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges war die türkisch-osmanische Armee überraschend bis zum Suezkanal, der Lebensader des Britischen Empire nach Indien, vorgestoßen. Deshalb suchten die Engländer bei den Arabern Hilfe gegen das Osmanische Reich. Am 24. Oktober 1915 sicherte der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry Mc Mahon, dem Sherifen von Mekka und „Hüter der Heiligen Stätten“, Hussein Ibn Ali, dem Urgroßvater des heutigen Königs Abdallah II. von Jordanien, brieflich zu, den Plan der Errichtung eines unabhängigen Großarabischen Reiches mit Palästina unter seiner Führung zu unterstützen. Am 5. Juni 1916 begann der arabische Aufstand gegen die Türken.

Der eigentliche Kopf des Aufstandes war der britische Archäologe und Abenteurer Thomas Edward Lawrence. Als „Lawrence of Arabia“ wurde er zur Legende in Film und Wirklichkeit. Die Aufständischen eroberten im Sommer 1917 Akaba und nahmen an der Eroberung Syriens teil. Strategisch-militärisch war die arabische Beteiligung allerdings vergleichsweise unbedeutend. Ohne arabische Hilfe wurden der Sinai und die wichtigen fruchtbaren Gebiete Palästinas und Syriens von der britischen Armee unter General Allenby besetzt und der britischen Militärverwaltung unterstellt.

b) Teilungspläne der Kolonialmächte

Ungeachtet dieser Zusicherung an die Araber waren weder Großbritannien noch Frankreich gewillt, die Gründung eines Großarabischen Reiches zuzulassen.

Schon im März 1915, also 5 Monate vor dem Brief Mc Mahons und mehr als 2 Jahre vor der Balfour-Erklärung plante Großbritannien mit dem damals noch zaristischen Rußland, Frankreich, Griechenland und Italien die vollständige Aufteilung des Osmanischen Reiches - lange bevor man es im Oktober 1918 tatsächlich besiegt hatte.

Die bekannteste Vereinbarung über die künftige Aufteilung der Beute in Einfluß-Zonen ist das britisch-französische Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916, genannt nach den beiden Unterhändlern. Großbritannien sollte das Kerngebiet Palästinas, Frankreich Syrien und Libanon erhalten. Das Gebiet um Haifa und Akko sollte internationaler Verwaltung unterstellt werden.

C) Balfour-Deklaration

Schließlich sicherte der britische Außenminister Lord Balfour in einem Brief an Lord Rothschild vom 2. November 1917 im Namen der britischen Regierung, der als „Balfour-Deklaration“ in die Geschichte eingegangen ist, die Errichtung einer „Nationalen Heimstätte“ in Palästina für das jüdische Volk zu. Mit der Sympathieerklärung für den Zionismus sollte nicht nur der Chemieprofessor Chaim Weizmann, der während des Krieges durch seine Erfindungen die britische Munitionsherstellung sichern half und danach Präsident der Zionistischen Föderation in Großbritannien war sowie überdies noch im Wahlkreis von Lord Balfour in Manchester wohnte, günstig gestimmt werden, sondern vor allem sollten die Juden in den USA die bis dahin mangelnde amerikanische Kriegsbereitschaft stärken.

2. NEUORDNUNG DES NAHEN OSTENS

Die tatsächliche Neuordnung des Nahen Ostens wurde im Januar 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz vorbereitet. Emir Feisal, der zweitälteste Sohn Sherif Husseins, leitete die arabische Delegation, Chaim Weizmann, der spätere erste israelische Staatspräsident, die zionische. Jeder pochte auf die Einlösung der ihm und seinem Volk gegebenen Versprechen. Zunächst schien es, als würden sich Araber und Zionisten auf der Grundlage der Erfüllung der nationalen Bestrebungen beider Seiten verständigen, wobei die Grenzen zwischen dem arabischen Staat und Palästina einvernehmlich bestimmt werden sollten. Unausgesprochen fand sich Feisal mit der Herauslösung Palästinas aus dem Arabischen Königreich ab.

Nun jedoch drängte Frankreich auf die Einlösung der im Kriege mit Großbritannien getroffenen Sykes-Picot-Vereinbarung. Frankreich schuf Fakten und besetzte Libanon. Am 8. März 1920 rief der „Syrische Nationalkongreß“ Feisal zum König in Damaskus aus. Die Araber Palästinas wollten zu diesem Königreich Feisals gehören. Palästina sollte „Süd-Syrien“ sein, auf keinen Fall aber die Heimstätte für die Juden. In der Folge kam es zu Massakern an Juden in Jerusalem.

Auf der Konferenz in San Remo einigten sich Großbritannien und Frankreich am 24. April 1920 dahin, daß Syrien und Libanon französisches Mandat, Palästina und Mesopotanien (Irak) britisches Mandat werden sollten.

Am 20. Juli 1920 vertrieben französische Truppen Feisal aus Damaskus. Der Traum von einem Großarabischen Königreich war damit ausgeträumt. Der fallengelassene Emir Feisal wurde 1921 von Großbritannien, gleichsam als eine Art Wiedergutmachung, mit dem Irak abgefunden. Dem drittältesten Sohn des Sherifen Hussein von Mekka, dem Emir Abdallah, schlug der damalige Kolonialminister Churchill 1921 das gesamte Gebiet östlich des Jordans, Transjordanien genannt, auf Kosten der Juden zu. So wurde Palästina 1921 zum ersten Mal geteilt. Vier Fünftel von Palästina zählten von nun an zum Emirat Transjordanien. Juden durften hier künftig nicht mehr siedeln. In Restpalästina wurde die Einwanderung von Juden beschränkt.

Art. 25 des Völkerbund-Mandats für Palästina vom 24. Juli 1922, das in der Präambel die Kernsätze der Balfour-Deklaration übernahm, sicherte diese Teilung rechtlich ab, wenngleich Transjordanien formell Teil Palästinas blieb. Tatsächlich, politisch, wurde es von Palästina getrennt.

Hier liegt der Keim der bis heute währenden Gegnerschaft zwischen dem jordanischen Königshaus, das ja aus Mekka stammte, und der palästinensischen Nationalbewegung, die die Hashemiten als Fremdherrschaft betrachtete. Auch hier erweist sich, daß Geschichte die in die Gegenwart wirksame Vergangenheit ist.

Eine andere Teilung Palästinas (besser: Abspaltung) durch die Kolonialmächte erfolgte wenig später im Jahre 1923: Die Golan-Höhen oberhalb des Sees Genezareth wurden dem französischen Mandatsgebiet Syrien zugeschlagen und später nach dem Sechstage-Krieg von 1967 von Israel annektiert.

3. ZUNEHMENDE KONFLIKTE UND LÖSUNGSPÄNE

Die jüdische Bevölkerung nahm in mehreren Einwanderungswellen ((Alya = Aufstieg nach Zion genannt) rapide zu. Einige Zahlen mögen dies belegen: 1880 lebten in Palästina ca. 350.000 Menschen, davon 27.000 Juden. Bis Ende des Zweiten Weltkrieges waren es infolge der NS-Verfolgung in Europa etwa 550.000. Demgegenüber war die arabische Bevölkerung in Palästina aufgrund vorzugsweise natürlicher Vermehrung auf über 1,2 Mio Personen angewachsen.

Die jüdischen Einwanderer kamen, um Herren im eigenen Haus zu werden, die palästinensischen Araber wollten es bleiben. Beide Seiten organisierten sich politisch. Der Konflikt war programmiert.

Auf palästinensischer Seite entstand die Palästinensische Nationalbewegung, an deren Spitze zwei Vaterfiguren standen: Der schon erwähnte Sherif Hussein von Mekka, der von den saudischen Wahabiten vertrieben worden war und die gesamtarabische überstaatliche Ausprägung des Arabischen Nationalismus repräsentierte, und Mussa Kassim al-Husseini, der Bürgermeister von Jerusalem, der die lokal-nationalistische verkörperte. Einer seiner Nachkommen ist Feisal al-Husseini, der heutige Vertreter von Arafats Autonomie-Behörde im Orient-Haus in Jerusalem, das bis in die Gegenwart immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden ist. Ein anderer Hussein, Amin al-Husseini, für den die Briten den Titel „Großmufti“ von Jerusalem erfanden, trug erheblich zur Radikalisierung und Islamisierung der Palästinensischen Nationalbewegung bei. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er zu einem der eifrigsten Propagandisten Hitlers gegen Juden und Briten.

Auf jüdischer Seite kristallisierten sich 4 Lager heraus: 1) die offizielle gemäßigte Linie Chaim Weizmanns (für Verhandlungslösung, die sich jedoch als Illusion erwies; 2) die härtere Ben Gurions, die zur realistischen wurde; 3) das idealistische Friedenslager, das für einen binationalen Staat eintrat; 4) die zionistischen Falken unter den „Revisionisten“, angeführt von Zeew Jabotinsky, die ganz Palästina für sich reklamierten.

Schon 1920 wurde die erste zionistische Unterorganisation „Haganah“ (= Verteidigung) gegründet, woraus 1941 die Eliteeinheit „Palmach“ (= Stoßtruppe) hervorging. Daneben existierte noch die radikale „Irgun Zvai Leumi“ (= Nationale Militärorganisation), abgekürzt „Etzel“ seit 1943 unter Führung des späteren Premierministers Begin.

Die Zusammenstöße in der 2. Hälfte der 20er Jahre und in den 30er Jahren zwischen den Konfliktparteien, die beide das ganze Land für sich in Anspruch nahmen, gipfelten 1929 in einem Massaker der arabischen Bevölkerung an den Juden von Hebron und von 1936 bis 1939 im Großen Arabischen Aufstand. 2850 Araber und 1200 Juden sowie 700 Briten kamen dabei ums Leben.

Unter dem Druck der Ereignisse in Palästina und angesichts des heraufziehenden Zweiten Weltkriegs entwarf die britische Regierung mehrere Pläne, die ausgehend von einer eher projüdischen Linie sich mehr und mehr der arabischen Position annäherten.

Die Peel Commission schlug 1937 die Teilung des Landes vor. Ein Korridor zwischen Jaffa und Jerusalem sollte unter britischem Mandat bleiben. Die Araber lehnten ab, die Zionisten stimmten, wenn auch widerstrebend, zu.

In der zunächst geheimgehaltenen Empfehlung der Woodhead-Kommission 1938 wurde die Zweistaatenlösung verworfen, statt dessen war eine arabische Föderation vorgesehen.

Die im März 1938 einberufene Konferenz im St. James-Palast in London scheiterte vor allem an der „Alles-oder-nichts“-Politik der radikalen arabischen Vertreter; auch das blieb bis in die jüngste Vergangenheit ein Verhaltensmuster palästinensischer Politik.

Das erneute Weißbuch der britischen Regierung vom 7. Mai 1939 dekretierte unmißverständlich, daß es nicht ihre Politik sei, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen. Vielmehr sei es ihr Ziel, einen unabhängigen palästinensischen Staat innerhalb von 10 Jahren zu schaffen, in dem Araber und Juden gemeinsam in der Weise regieren, daß die wesentlichen Interessen jeder Gemeinschaft gesichert sind. Nachdem unter arabischem Druck schon vorher die Zahl jüdischer Einwanderer gesenkt worden war, begrenzte die britische Regierung die jüdische Einwanderung nach Palästina auf 75. 000 innerhalb der nächsten 5 Jahre.

Nach diesen 5 Jahren sollte keine jüdische Einwanderung ohne Zustimmung der Araber erfolgen. Das britische Kalkül war ebenso zynisch wie realpolitisch: Damit Hitler nicht die Araber gewinne, glaubte Großbritannien ihnen etwas geben zu müssen, während den Juden gar keine andere Wahl blieb als Großbritannien zu unterstützen.

Gleichwohl zahlte sich die proarabische Politik nicht aus. Mit Ausnahme des Emirs von Transjordanien setzten die arabischen Führer während des Zweiten Weltkrieges überwiegend auf die deutsche Karte, von der sie sich Unabhängigkeit versprachen.

Angesichts der Judenverfolgung in Europa war die britische Politik eine Tragödie für die Juden. Wohl oder übel kämpften sie mit Ausnahme der „Sternbande“ (Lechi) und „Etzel“ unter Begin auf britischer Seite. Mit der sogenannten Biltmore-Konferenz 1942 gaben die Zionisten das britische Konzept für Palästina endgültig auf. Die härtere Linie Ben Gurions, der für die Gründung eines ausschließlich jüdischen Staates mit unbegrenzter jüdischer Einwanderung eintrat, setzte sich durch.

Die britische Position in Palästina kippte 1947 in der westlichen öffentlichen Meinung mit der verheerenden Kaperung des Flüchtlingssschiffes „Exodus“ durch die britische Marine. Das Weitere ist bekannt.

Die Generalversammlung der UN empfahl mehrheitlich am 29. November 1947 die Teilung Palästinas mit Jerusalem als „Corpus Separatum“. Die Araber stimmten gegen die Resolution 181, die Juden waren mit Bedenken dafür. Am 14. Mai 1948 verließ der letzte britische Hochkommissar, Sir Allen Cunningham, Palästina auf dem Seeweg. David Ben Gurion rief die Unabhängigkeit des Staates Israel aus, der auf den Trümmern des unter dem jüdisch-arabischen Antagonismus zerbrochenen Palästina-Mandats entstand. (Die französischen Mandatsgebiete Syrien und Libanon hatten ihre Unabhängigkeit bereits 1946 erlangt). Damit war ein Kapitel der Kolonialgeschichte abgeschlossen, ihre Auswirkungen dauern bis heute an.

4. DIE KRIEGE UM PALÄSTINA UND DIE LEGITIMATIONSVERSUCHE DURCH DIE KONFLIKTPARTEIEN

Schon einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung in Tel Aviv, am 15. Mai 1948, begannen 6 arabische Staaten den „Krieg um Palästina“, den Krieg gegen den neuen unabhängigen Staat. Diesem ersten Krieg folgten 4 weitere, und zwar 1956, 1967, 1973 und 1982. Fünf Kriege und das Leben in Flüchtlingslagern hatten die heute ca. 3,4 Mio im Exil lebenden Flüchtlinge zur Palästinensischen Nation werden lassen. Sie betrachteten sich als die „Opfer der Opfer“.

Der Kampf um Palästina wurde deshalb so kompromißlos ausgefochten, weil Anspruch gegen Anspruch steht und Ausschließlichkeitsansprüche auf das ganze Gebiet erhoben wurden.

Beide Seiten gründen ihren Anspruch auf Palästina auf gegensätzliche Legitimationen:

a) Israel beruft sich auf das historische Recht der Juden auf Palästina seit mehreren tausend Jahren, das moralische Recht auf einen eigenen Staat wegen der Leiden des jüdischen Volkes und die vom Völkerrecht sanktionierten Rechtsgrundlagen: Die Balfour-Deklaration von 1917, das Völkerbund-Mandat von 1922 und den Teilungsbeschuß von 1947.

b) Die Araber stützen sich ebenfalls auf historische, rechtliche und moralische Prinzipien. Sie bestreiten die Gültigkeit der völkerrechtlichen Akte und weigern sich, für die Vertreibung der Juden im NS-beherrschten Europa „die Zeche zahlen zu müssen“.

Für die Araber ist Israel eine fremde Identität, ein Implantat auf arabischem Boden, ein Instrument westlicher Interessen im Nahen Osten. Sie sehen in den Juden und Israelis die Überlegenheit des Westens verkörpert, die ihnen täglich ihre eigene Unterlegenheit, insbesondere in den Nahostkriegen, so schmerzlich vor Augen führte. Kurz: einen Konflikt zwischen Erster und Dritter Welt.

Während der jüdisch-arabische Gegensatz in der Kolonialzeit von den Kolonialmächten instrumentalisiert wurde, wurde der israelisch-arabisch/palästinensische Konflikt später vom Kalten Krieg überlagert und von den Großmächten für eigene Ziele ausgenutzt. Die Akteure hatten sich geändert. Die Politik nicht.

5. BEMÜHUNGEN UM LÖSUNG DES NAHOSTKONFLIKTS

Zwei Lösungsansätze haben miteinander konkurriert: eine Konfrontative und eine Kooperative:

a) Die Alles-oder-Nichts-Politik der arabisch-islamischen „Ablehnungsfront“, deren klassische Ausprägung die Beschlüsse der Arabischen Gipfelkonferenz in Khartoum vom 1. September 1967 nach dem verlorenen Sechstage-Krieg war: „Kein Frieden mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel und keine Anerkennung Israels“. Diese Beschlüsse sind als die berühmten „Drei Nein“ in die Geschichte des Nahostkonflikts, eine Geschichte verpaßter Gelegenheiten, eingegangen. Diese Front besteht heute nur noch aus einer Minderheit: Irak, Iran, Libyen und einigen von Syrien und Iran gestützten radikalen Palästinenserorganisationen.

b) Der Weg des friedlichen Ausgleichs zwischen Israel und den Arabern durch eine Schritt-für-Schritt-Politik, die sich erst unter heftigen Wehen und aktiver Geburtshilfe insbesondere der USA durchgesetzt hat. Diese gemäßigte Linie entwickelte sich in mehreren Phasen parallel zu den Nahostkriegen, die den Nachweis erbrachten, daß der jüdische Staat nicht mit militärischer Gewalt beseitigt werden kann und auch die Weigerung der Araber, die Rechtmäßigkeit des Staates Israel anzuerkennen, politisch nichts mehr bringt.

Die Grundpositionen der Parteien sind seit dem Sechstage-Krieg unverändert geblieben und werden markiert durch:

- 1.) Israelische Sicherheitsinteressen
- 2.) Das arabische Verlangen nach Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete
- 3.) Streben der Palästinenser nach politischer Selbstbestimmung

Die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts lassen sich wie folgt stichwortartig nachzeichnen:

a. Der multilaterale Ansatz der UN in Form des Teilungsplans von 1947 (Resolution der Generalversammlung 181/47) ist, wie schon erwähnt, an den Arabern gescheitert.

b. Die nach dem Sechs-Tage-Krieg und dem Yom-Kippur-Krieg verabschiedeten Sicherheitsrat-Resolutionen 242/67 und 338/73 sind ungleich wichtiger, weil sie als SR-Resolutionen der UN völkerrechtlich verbindlich sind (die Resolutionen der Generalversammlung enthalten hingegen nur eine Empfehlung). Sie litten jedoch von vornherein unter dem berühmten Dissens: Rückzug Israels aus „besetzten Gebieten“ oder d e n Gebieten.

c. Die von Kissinger vermittelten drei Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel einerseits und Ägypten und Syrien andererseits von 1974/75 waren erste Ansätze einer realistischen Konfliktentschärfung auf bilateraler Grundlage. Seither kann man die Faustregel aufstellen, daß Israel bilaterale und die Araber multilaterale Lösungen bevorzugen.

d. Die allmähliche Außerstreitstellung des Staates Israel war für alle Beteiligten ein schmerzhafter Prozeß. Zwei Kriege gaben entscheidende Impulse für den Friedensprozeß:

- der Yom-Kippur-Krieg 1973 und

- der Kuwaitkonflikt (2. Golfkrieg) 1990/91.

e. Die erste Phase des Friedensprozesses (Camp David)

Der entscheidende erste Durchbruch wurde mit Sadats berühmter Reise nach Jerusalem 1977 eingeleitet, gefolgt von den Camp David-Abkommen und dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag vom 26. März 1979. Aus der Sicht Sadats war der Krieg 1973 eine Art „Friedenskrieg“, den er geführt hatte, um den Arabern die Würde zurückzugeben und aus einer Position relativer Stärke verhandeln zu können. Die Araber kritisierten, daß er das Junktim zwischen Friedensvertrag und Fortschritten in der Palästinenserfrage aufgegeben und mithin einen Separatfrieden geschlossen habe. Die Folge war die weitgehende Isolierung Ägyptens.

f.. Die zweite Phase des Friedensprozesses (Madrid und „Oslo“)

Die zweite große Wende im Nahen Osten wurde nach Beendigung des Zweiten Golfkrieges (Kuwait) 1990/91 und dem Zusammenbruch der SU und damit des bipolaren Mächtesystems im wesentlichen durch die Pendeldiplomatie des Außenministers Baker eingeleitet.

Ausgangspunkte für diese zweite Phase des Friedensprozesses waren die Konferenz in Madrid 1991, wo erstmalig Israelis und Araber an einem Tisch saßen, und die Geheimverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in Oslo 1993.

Der Grund für die erstaunliche Wandlungsfähigkeit der PLO, die bis dahin zum Kern der Ablehnungsfront gehört hatte, war nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche. Die PLO sah sich als Folge der Unterstützung Saddam Husseins und des Sieges der Anti-Irak-Koalition international isoliert und stand vor dem finanziellen Zusammenbruch. Die „Intifada“ (das heißt: „Abschüttelung“) 1987-93 hatte sich als Fehlschlag erwiesen. Nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums, der Schutzmacht der Araber, war ein Ausspielen der Supermächte gegeneinander nicht länger möglich.

Die USA, die Schutzmacht Israels, wurde die einzige große außerregionale Einflußmacht und wird dies machtmäßig in absehbarer Zeit wohl bleiben, auch wenn der sogenannte Unilateralismus von den Arabern zunehmend kritisiert wird.

Auf arabischer Seite hat Arafat es erneut verstanden, seine Position der Schwäche in einen politischen Erfolg zu verwandeln. Ägypten fühlte sich ungeachtet aller Kritik an Camp David in seiner Friedenspolitik bestätigt und wurde mit der Rückverlegung der Arabischen Liga nach Kairo wieder Führungsmacht der arabischen Welt.

g. Vor diesem Hintergrund kam es - begünstigt durch den Regierungswechsel Shamir/Rabin - am 9. September 1993 zu einem Briefwechsel zwischen Rabin und Arafat und wenige Tage später am 13. September 1993 nach Jahrzehnten erbitterter Feindschaft vor dem Weißen Haus in Washington zu der Unterzeichnung einer Prinzipienklärung über die gegenseitige Anerkennung, die auf 5 Jahre befristete Selbstverwaltung (Autonomie) der Palästinenser, Wahlen zu einem Palästinensischen Rat, die Anerkennung des Grundsatzes „Land gegen Frieden“ und die friedliche Streitbeilegung durch Außenminister Peres und den PLO-Vertreter Abu Mahsen in Gegenwart von Clinton, Rabin und Arafat. Damit begann ein „Jahrhundertexperiment nicht mehr und nicht weniger“, wie die Presse damals schrieb.

h. Weitere Stationen des nun einsetzenden „Oslo-Prozesses“ waren der Autonomievertrag für Jericho und den Gazastreifen von Kairo vom 4. Mai 1994 und das am 28. September 1995 geschlossene Abkommen von Taba, auch als „Oslo II“ bezeichnet.

Danach sollte der militärische Rückzug der Israelischen Armee von der Westbank in 3 Phasen aus den Zonen A, B, und C verlaufen und Befugnisse auf die neugeschaffene Palästinensische Behörde („Palestinian Authority“) übertragen werden, allerdings mit substanziellen Einschränkungen: die israelischen Siedlungen, Militärstützpunkte, außenpolitische Kompetenzen und Fragen der Souveränität sowie Ostjerusalem blieben bis zur endgültigen Regelung in den Endstatusverhandlungen, die im Mai 1996 beginnen sollten, vorerst ausgenommen.

i. Der Höhepunkt dieser Phase des Friedensprozesses war unzweifelhaft der schon lange erwartete Friedensschluß zwischen Israel und Jordanien am 26. Mai 1994. Nach Ägypten war Jordanien der zweite arabische Staat, der mit dem jüdischen Staat einen Friedensvertrag unterzeichnete und damit eine Epoche „inoffizieller guter Nachbarschaft“ formalisierte. Von nicht geringer Bedeutung ist, daß

Jordanien in Jerusalem (ar.: al-Quds) in dem Vertrag ein Sonderstatus als Hüter islamischer Heiligtümer eingeräumt wird, was die islamische Dimension des Nahostkonflikts illustriert.

k. Auch mit Syrien wurden in den USA Verhandlungen aufgenommen, die jedoch wegen der schwierigen Frage der Golan-Höhen erfolglos blieben und seitdem unterbrochen sind. Es ist evident, daß ohne Syrien (von dem Libanon abhängt) der Frieden im Nahen Osten nicht umfassend und mithin stets gefährdet sein wird.

In diesem Zusammenhang muß das strategische Bündnis Syrien-Iran erwähnt werden. Die zunehmende Bedeutung des Iran im Nahostkonflikt potenzierte sich parallel zum Aufstieg des Fundamentalismus/Islamismus. Der schiitische Iran und der Islamismus streben ein „islamisches Palästina“ (das heißt: ganz Palästina) an, im Gegensatz zu dem nationalstaatlichen Lösungsansatz der PLO, das heißt: zwei Völker in zwei Staaten.

Als Gegengewicht sind Israel und die Türkei eine militärische und wirtschaftliche Partnerschaft eingegangen, die die strategische Balance im Nahen Osten verändert hat und einen wichtigen diplomatischen Erfolg Israels darstellt. Auf türkischer Seite steht hinter der Zusammenarbeit die Armee, die über die wachsende Kraft des Islamismus in der Türkei und der Region besorgt ist. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten hat sich erst kürzlich bewährt, als nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei israelische Rettungsmannschaften und medizinisches Personal sofort und effizient humanitäre Hilfe leisteten.

I. Wie sah die vorläufige Bilanz nach Abschluß der Oslo-Abkommen aus?

Obwohl Israels Zugeständnisse an die Palästinenser in Form der Anerkennung der PLO und Kompetenzabtretungen in den palästinensischen Gebieten beträchtlich waren, wogen bei nüchterner Betrachtung die erzielten Gewinne die gemachten Zugeständnisse allerdings bei weitem auf: Die PLO hat Israel als Staat anerkannt, während sie selbst keine Zusagen hinsichtlich einer Staatsbildung und Souveränität erhalten hat. Sie hat auf Gewalt und Terror verzichtet und sich außerdem verpflichtet, dem Palästinensischen Nationalrat die erforderlichen Änderungen der Bestimmungen der PLO-Charta vorzulegen, die die Existenz des Staates Israel in Frage stellen. Zentrale Politikfelder blieben auch weiterhin unter israelischer Hoheit, und die strategische Ressource Wasser stand ihr nur begrenzt zur Verfügung.

Politisch am wichtigsten aber war, daß die PLO eine strategische Trumpfkarte verloren hat. Sie hatte die arabischen Staaten seit den 70er Jahren darauf festgelegt, Israel solange nicht aufzuwerten wie die Palästinenserfrage nicht auf eine für sie akzeptable Art und Weise gelöst sein werde. Mit dem Oslo-Abkommen wurde dieses Junktim aufgelöst und die Behandlung der Konfliktgegenstände als bilaterales Problem festgeschrieben. Mit der Bilateralisierung des Konflikts fiel die ungleiche Machtverteilung zwischen beiden Parteien noch mehr ins Gewicht.

Ungeachtet der Tatsache, daß noch viele Fragen offen blieben - insbesondere die Endstatusverhandlungen - sahen die Araber dem Fortgang des Friedensprozesses mit einem gewissen Optimismus entgegen. Rabin, Peres und Arafat galten als Garanten, daß der „Geist von Oslo“ sich weiter entfalten würde.

6. DIE STAGNATION DES FRIEDENSPROZESSES WÄHREND DER REGIERUNGSZEIT NETANYAHUS

Zwei Ereignisse haben 1995/96 die politische Landschaft im Nahen Osten nachhaltig verändert:

- 1) Die Ermordung des Premierministers Rabin durch einen ultraorthodoxen Fanatiker am 4. November 1995
- 2) Die Niederlage von Premierminister Peres, dem zweiten Architekten des Friedensprozesses, und die Wahl Benjamin Netanyahus zum israelischen Premierminister am 29. Mai 1996

Das Ergebnis der Wahlen in Israel löste bei den Arabern einen Schock aus. Widersprüchliche Aussagen sowie umstrittene Handlungen der neuen Regierung, z. B. die geplante Errichtung der Siedlung Har-Homa zwischen Jerusalem und Bethlehem, führten zu einem bedenklichen gegenseitigen Vertrauensverlust und zu erneuter Konfrontation anstelle von Kooperation, auch zu intifada-ähnlichen Reaktionen auf Seiten der Palästinenser.

Innenpolitisch war eine zunehmende Polarisierung der israelischen Gesellschaft zwischen Säkularen und Religiös-Orthodoxen zu verzeichnen. Professor Moshe Zimmermann befürchtete in einer beunruhigenden Studie sogar, daß der israelischen Gesellschaft ein „Kultur-Kampf“ im Sinne des Huntingtonschen „Zusammenpralls der Kulturen“ bevorstehe.

Außenpolitisch trat trotz weitgehender Stagnation jedoch kein völliger Stillstand des Friedensprozesses ein. Zwei Abkommen wurden während der Regierungszeit Netanyahus abgeschlossen:

- 1) das Hebron-Abkommen vom Januar 1997
- 2) das Memorandum von Wye River zwischen Israel und den Palästinensern vom 23. Oktober 1998

In Wye River wurden u.a. vereinbart: 13% Rückzug aus C-Gebieten, 14,2 % Rückzug aus B-Gebieten; Verhandlungen über den 3. Rückzug „in der nahen Zukunft“; Verzicht auf „einseitige Schritte“, das heißt indirekt Verzicht auf eine einseitige Ausrufung eines Palästinensischen Staates nach Ablauf der Interimphase am 4. Mai 1999 und weiteren israelischen Siedlungsbau.

Erfüllt wurden bisher:

Truppenrückzug von 2% (100 qkm) aus C nach B-Gebieten am 20. November 1998; Gewährung von Vollautonomie für 7,1% der Westbank, die unter israelischer Militärverwaltung standen; Eröffnung des Flughafens Gaza am 24. November 1998; Freilassung palästinensischer Gefangener; palästinensisches Gesetz zum Verbot illegaler Waffen; Änderung der PLO-Charta durch den PNC am 14. Dezember (das heißt Streichung des Ziels der Vernichtung Israels).

Die Verwirklichung des Abkommens von Wye geriet jedoch Anfang Dezember 1998 ins Stocken. Netanyahu machte sie von 5 Bedingungen abhängig, z. B. der Verzicht auf die palästinensische Staatsausrufung am 4.5.99, Bekämpfung des Terrorismus und andere. Mit dieser Begründung wurde die Verwirklichung der Vereinbarung suspendiert. Um die israelischen Wahlen nicht ungünstig zu beeinflussen, wurde am 29.4.99 vom PLO-Zentralrat und Arafat die vorgesehene Staatsgründung verschoben.

7. DIE DRITTE PHASE DES FRIEDENSPROZESSES (EHUD BARAK)

Die israelischen Neuwahlen für Parlament und Premierminister am 17. Mai 1999 brachten einen erdrutschartigen Sieg Ehud Baraks mit 56% über seinen zuletzt einzigen Gegenkandidaten Netanyahu, der nur 44% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Sein Wahlbündnis „Ein Israel“ blieb aber mit nur 27 Mandaten (von 120) hinter den Erwartungen zurück. Diese Liste verlor 7 Mandate gegenüber dem Ergebnis der Arbeitspartei vor 3 Jahren, während die ultrareligiöse Shas-Partei von 10 auf 17 Mandate emporschnellte. Statt bisher 11 sind jetzt 15 Parteien in der Knesset vertreten. Mitte Links (57 Sitze) und Rechts-Religiöse (53) halten sich praktisch die Balance. Die arabischen Parteien (10) bilden das Zünglein an der Waage. Das bedeutet eine weitere Zersplitterung der israelischen Parteienlandschaft.

Das Ergebnis ist ein persönlicher Triumph für den lange Zeit selbst in den eigenen Reihen umstrittenen ehemaligen Generalstabschef Barak, noch mehr aber ist es eine klare Abstrafung Netanyahus durch die israelischen Wähler, die ihm die Quittung für eine von innenpolitischen Skandalen, wirtschaftlichem Niedergang und außenpolitischer Isolierung geprägten dreijährigen Amtszeit erteilten. „Wechsel“ war denn auch das zentrale Motiv für viele enttäuschte Wähler, die jetzt für Barak stimmten, aber nicht alle für sein Wahlbündnis.

Premierminister Barak hat am 6. Juli vor der Knesset seine neue Regierungsarbeit skizziert. Sein aus 7 Parteien bestehendes Kabinett verfügt zwar über eine solide Koalitionsmehrheit von 75 Mandaten, ist aber äußerst heterogen zusammengesetzt. Die Gefahr von Pressionen wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß Barak die größtmögliche Macht in seiner Hand vereint: Er hat das Verteidigungsministerium übernommen (das u.a. auch für die Genehmigungen zur Ausweitung von Siedlungen zuständig ist); Koalitionsausschüsse sind zwar paritätisch zusammengesetzt, der Premierminister gibt aber bei einem Patt die entscheidende Stimme ab. Der Friedensprozeß wird im Premierminister-Amt (nicht im Außenministerium) federführend angesiedelt. Die Knesset verliert an Einfluß zu Fragen des Friedensprozesses, da Barak über Friedensschlüsse mit den Palästinensern und Syrien nicht (nur) im Parlament, sondern per Referendum bestimmen lassen will.

Barak setzte nach Amtsantritt eindeutig innen- und außenpolitische Akzente:

- Innenpolitisch appellierte er an die Einheit der Nation und bezeichnete es als sein vordringliches Anliegen, die Spaltung der Gesellschaft entlang religiös-säkularer und ethnisch-sozialer Trennlinien zu beseitigen.
- Außenpolitisch ist der Nahostfriedensprozeß zentral für sein Friedensprogramm.

Mit der von ihm gewählten griffigen Formel „Frieden der Tapferen“ (geprägt von de Gaulle während des Algerienkrieges am 23.10.58) hat er genau den Ton getroffen, der in Israel und den arabischen Nachbarstaaten gleichermaßen verstanden wird. Seine Bemühungen werden begleitet von Gesten des guten Willens und einer umfangreichen Reisediplomatie, sie sollen der Wiederherstellung einer vertrauensvollen Atmosphäre dienen.

„Wenn ein Frieden im Nahen Osten möglich ist, dann werde ich ihn vollbringen“, sagte Barak selbstbewußt bei seiner ersten Pressekonferenz. Von arabischer Seite erhielt er viele Vorschußlorbeeren.

Trotz allgemeiner Aufbruchstimmung im Nahen Osten sollte sich allerdings niemand täuschen lassen, daß es auch unter Barak zu harten Verhandlungen kommen wird. Auch dem vielbewunderten Vorgänger Rabin wäre es nicht anders ergangen, denn jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit. Bisher ging es bei den Palästinensern nur um Interimslösungen, jetzt stehen die entscheidenden Endstatusverhandlungen bevor, in denen die Kernprobleme des Konflikts zu lösen sind.

Bei all diesen Fragen geht es ums „Eingemachte“. Beide Seiten müssen von liebgewonnenen Vorstellungen Abschied nehmen. Die Israelis werden nicht alles behalten können, was sie haben. Die Araber müssen ihre Illusionen begraben, sie könnten mit amerikanischer oder europäischer Hilfe Israel dazu bringen, Schritt für Schritt die meisten seiner wichtigen Essentials aufzugeben. Eine solche Strategie würde eher zu einer neuen Konfrontation statt zu einer Regelung der Probleme führen. Vor übertriebenen Hoffnungen muß daher gewarnt werden.

Baraks vorrangiges Ziel ist es, zunächst die unter Netanyahu gestörten Beziehungen mit den USA wieder zu festigen, um anschließend die Friedensverhandlungen mit Syrien/Libanon und mit den Palästinensern parallel voranzutreiben.

Dennoch kam der so lange darniederliegende Friedensprozeß zunächst nicht recht in Schwung, sogar der Vorwurf des Zögerns wurde laut. Mit Unterstützung der USA und Ägyptens gelang nach zähen Verhandlungen ein erster Durchbruch mit der Unterzeichnung des Wye II-Abkommens in Sharm El-Sheich am 4.9.99 in Gegenwart der Außenministerin Albright, des jordanischen Königs und des ägyptischen Präsidenten.

Dieses Memorandum setzt das faktisch suspendierte Wye I-Abkommen wieder in Kraft, faßt es in einigen Punkten neu und öffnet den Weg für die Endstatusverhandlungen. Vor allem enthält es klare Verpflichtungen und einen präzisen Kalender für die Durchführung. Hier sieht man die ordnende feste Hand des ehemaligen Generalstabschefs. Niemand soll seinen Willen zum Ausgleich bestreiten können. Aber ebenso behält er Israels Sicherheit im Auge.

Nach meiner Auffassung stellt das jetzt abgeschlossene Memorandum einen echten Fortschritt dar:

1) Es enthält konkrete Zieldaten für den weiteren Truppenabzug (nunmehr 3 Schritte statt der in Wye I vorgesehenen 2). Bis 20.1.2000 soll das Rückzugsgebiet auf 40% der Westbank ausgeweitet werden.

Dabei nahm Barak aus strategischen Gründen früher zugestandene Gebietszuteilungen wie das sogenannte Naturreservat im Umfang von 3% in der Nähe der Jordansenke zurück und ersetzte sie durch andere Gebiete. Auch den Gürtel um Jerusalem nahm er vom Rückzug aus. Außerdem will Barak die Isolierung von 15-20 Siedlungen (Enklaven) aus Sicherheitsgründen vermeiden, die Netanyahu offenbar schon zugestanden hatte.

2) 350 Häftlinge sollen freigelassen werden, davon 200 am 13. September und der Rest am 8. Oktober. Die Palästinenser hatten 400 verlangt, wodurch die Verhandlungen sich in die Länge zogen.

3) Ein Transitkorridor soll am 1. Oktober zwischen Gaza und Hebron, wenige Tage später ein Nordkorridor zwischen Gaza und der Westbank eröffnet werden.

4) Über den Baubeginn des Seehafens in Gaza wurde Einigung erzielt.

5) Die Endstatusverhandlungen sollen beschleunigt geführt, am 13.2.2000 soll bereits ein Rahmenabkommen abgeschlossen werden und am 13.9.2000 ein umfassendes Friedensabkommen folgen, das den Konflikt zwischen den Palästinensern und Israel völkerrechtlich beendet.

6) Ein Begleitbrief der US-Außenministerin Albright legt die Parteien darauf fest, einseitige Schritte während der kommenden Verhandlungsphase zu unterlassen (das heißt: keine neuen Siedlungen und keine einseitige Ausrufung eines unabhängigen Palästinenserstaates). Ein weiterer Brief der finnischen EU-Präsidentschaft begrüßt das Abkommen und erinnert gleichfalls an die Unterlassung einseitiger Aktionen.

Seine eigene Position dazu unriß Barak wie folgt:

- Jerusalem bleibt ungeteilte Hauptstadt Israels, das ist die schwierigste aller offener Fragen; keine israelische Regierung kann sich eine erneute Teilung leisten.
- Keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967
- Keine reguläre Armee (außer der israelischen) westlich des Jordans
- Der größte Teil der Siedler (wenn auch nicht unbedingt der Siedlungen) verbleibt unter israelischer Souveränität. Es sollen keine neuen Siedlungen bis zum Abschluß der Endstatus-Gespräche gebaut werden; es gibt keine Aussage zu bestehenden Siedlungen.
- Kein Recht auf Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge
- Ein palästinensischer Staat wird nicht ausdrücklich erwähnt, aber damit am Ende des Friedensprozesses auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen; das Problem ist, daß er weder eine Basis gegen Israel noch ein nicht lebensfähiger Flickenteppich werden darf.

Alles in allem ein ambitionöses Programm, das den 100 Jahre alten Konflikt beenden soll, wie Premierminister Barak in seiner kurzen Ansprache bei der Unterzeichnungszeremonie erklärte. In der Vergangenheit hätten beide Seiten genug gelitten. Man dürfe nicht Opfer der Geschichte bleiben, sondern müsse die Zukunft gestalten.

In Israel waren die Reaktionen unterschiedlich, aber überwiegend zustimmend. Die Knesset hat dem Memorandum von Sharm El-Sheich mit großer Mehrheit zugestimmt. Gleiches gilt für die arabische Seite. Einige Gruppen, besonders in Damaskus, warfen allerdings Arafat vor, er wolle Frieden mit Israel im Alleingang erreichen. Terroranschläge von Radikalen beider Seiten sind freilich nicht auszuschließen und könnten zu einer Zerreißprobe führen, nach bisheriger Erfahrung finden sie dann statt, wenn Frieden in Sicht ist.

8. ZUSAMMENFASSUNG

Das Leitmotiv des ermordeten Premierministers Rabin wird seine Gültigkeit behalten: daß Israelis, Palästinenser und Araber nur gemeinsam ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufbauen können.

Frieden schließen müssen die Konfliktparteien selbst. Wir können nur dabei helfen. Man sollte allerdings nicht vergessen, daß Vermittler nur so stark sind wie der Wille der Parteien.

Es gibt Anzeichen, daß Barak die Friedensverhandlungen direkt mit seinen Nachbarn führen wird unter nur mittelbarer Beteiligung der USA, der Einfluß der Europäer wird weiter reduziert werden. Gefordert sein wird aber weiterhin unsere Unterstützung aller Friedensbemühungen, das gilt besonders für wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen des Prozesses.

Erinnern wir uns an das Wort des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Dezember 1991:

Das geeinte Deutschland ist nun auch geeint in der Verantwortung für die Folgen einer schrecklichen Vergangenheit.

Heinz Fiedler

DER AUTOR:

Dr. Heinz Fiedler war viele Jahre Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo, danach als Nahostbeauftragter der Bundesregierung der Hauptverantwortliche für die Gestaltung Deutscher Nahost-Politik.

Der Beitrag ist die geringfügig gekürzte Niederschrift eines Vortrages, den der Autor auf Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 14.9.1999 in der Erfurter Begegnungsstätte „Kleine Synagoge“ gehalten hat.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 64/65 1999,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>